

Diskussionsbeitrag von Dr. Wolfgang Gerhardt MdB  
am a.o. Bundesparteitag, 20. September 2009

Wir sind selten so geschlossen in einen Wahlkampf gegangen. Wir sind selten so geschlossen in einem Wahlkampf geblieben. Wir hatten selten eine solche Chance wie jetzt. Wir werden sie nutzen.

Wir wissen, daß Wahlen am gleichen Tag gewonnen und verloren werden können. Deshalb sagen wir: Unser Wort gilt auch nach der Wahl.

Wir setzen zu allererst auf die Menschen selbst, auf ihre Bemühungen und Anstrengungen, auf ihre Freiheitspotentiale. Wir wollen Menschen ermutigen statt entmutigen. Wir wollen Menschen belohnen statt bestrafen. Wir wollen ihnen vertrauen statt misstrauen. Wir wollen eine Politik beenden, die die Menschen an der Erledigung ihrer eigenen Angelegenheiten hindert. Darauf wird in Deutschland nicht ausreichend trainiert. Darauf kommt es aber entscheidend an.

Wir sind überzeugt von den Chancen der Freiheit. Wir wissen aber auch um die Angst vieler Menschen vor der Freiheit und wir haben ein Bewusstsein für Gefährdungen der Freiheit.

Es sind Gerechtigkeitsrhetoriker unterwegs, die Kahlschlagverdacht gegen jede Veränderung richten. Sie reden die von der Gleichheit von Menschen, als gäbe es keine naturgegebenen Unterschiede. . „Wer sich auf die Reihenfolge Gleichheit vor Freiheit einlässt“, so Rolf Dahrendorf „der kommt mit einiger Sicherheit nie zur Freiheit.“ Menschen sind einzigartig, die meisten sogar einzigartig unterschiedlich, wenn alle wirklich gleich wären würde ja ein Mensch im Prinzip genügen. Wer die Unterschiede leugnet oder Menschen in eine Korsett zwingen will, der macht eine Gesellschaft nicht reicher durch Gleichheit, sondern ärmer. Der Mensch ist keine Lebenserfolgsressource die gleichgemacht werden könnte. Wer sich bemüht hat Anspruch auf Achtung. Es gefährdet die Grundlagen eines freien Gemeinwesens wenn der persönliche Erfolg eine Quelle des Neides und der

Missgunst wird.

Die Kultur der Freiheit, schreibt John Stuart Mill, braucht unverzichtbare Voraussetzungen in Menschen, die Freiheit lieben, die Rechtschaffenheit achten und ihre Kultur mit dem eigenen Lebensentwurf in die Zukunft hinein tragen. Sie sind die unverzichtbaren citizens freier Gesellschaften.

Leider haben zu viele Menschen die Wahrnehmung ihrer Interessen an kollektive Systeme abgegeben. Sie erleben die Probleme nicht mehr primär als solche, die von ihnen selbst auch ein Stück zu lösen wären, sondern empfinden es als billig und nur gerecht, daß der Staat dafür sorgt. Der Wunsch nach einer Art von betreutem Volksheim ist ein Wunsch, wie er deutscher nicht sein kann, schreibt Cora Stefan. Er vernichtet jede Kultur der Selbständigkeit.

Der Prozeß in dem wir uns jetzt befinden und die Schwierigkeiten, mit denen wir es zu tun haben, das sind nicht nur Schwierigkeiten der Ökonomie. Die entscheidenden Schwierigkeiten sind unsere eigenen Schief lagen im Denken, die trotz aller inneren Widerstände und trotz allen Beharrungsvermögens überwunden werden müssen.

Wir sind keine Sammelsuriumpartei für alles und jedes. Wir bieten keinen Selbstbedienungsladen ohne Preisschilder und auch nicht Programmlosigkeit als Programm. Der Abbau der viel zu hohen Staatsquote ist notwendig. Er ist aber nur zu erreichen, wenn die Haushalte auch auf der Ausgabenseite konsolidiert und Generationengerechte Sicherungssysteme vorangebracht werden. Das wiederum geht nur, wenn soziale Sicherungssysteme von den Kosten der Arbeit getrennt werden und mehr eigene Verantwortung den Bürgern überlassen wird. Das geht nur wenn eine Steuerreform den Bürgern auch mehr vom Ertrag ihrer Leistungen läßt. Dazu wiederum muß ein weit verbreiteter Politikstil der Verteilung von Zuwächsen in der Gegenwart geändert und durch einen Politikstil der Bewältigung von Zukunftsaufgaben ersetzt werden.

Deutschland hat zu viele Transferleistungen ohne ausreichende

Gegenleistung mit ungedeckten Schecks auf Künftiges verteilt. Das ist weder fair noch gerecht. Es ist ganz einfach unfair die drängenden Fragen des demografischen Wandels „jene Menschen zu verschieben, die im aktuellen Entscheidungsfindungsprozess noch keine eigene Stimme haben“ (Sachverständigenrat).

Ohne Befreiung von Not kann niemand an der Freiheit teilhaben. Die Umverteilungsmarge des Sozialbudgets wird häufig als wichtigstes Kriterium der moralischen Qualität sozialstaatlicher Politik empfunden. Die bisherigen Sozialstaatsangebote haben allerdings den sozialen Ausschluß vieler nicht verhindern können

„Der Weg zur sozialen Gerechtigkeit war immer mit höheren öffentlichen Ausgaben gepflastert, ohne Rücksicht auf Ergebnisse oder die Wirkung der hohen Steuerlast, auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und private Ausgaben. Gerechtigkeit lässt sich nicht an der Höhe der öffentlichen Ausgaben messen. Der wirkliche Test für die Gesellschaft ist, wie effizient diese Ausgaben genutzt werden und in wieweit sie die Menschen in die Lage versetzen sich selbst zu helfen.

Wir müssen dafür sorgen, daß sich Arbeit für den Einzelnen und die Familie lohnt. Das System der Steuern und Sozialleistungen muß sicherstellen, daß es im Interesse der Menschen liegt zu arbeiten. Der größte Teil des Einkommens muß in die Taschen derer bleiben, die dafür gearbeitet haben.“ (Gerhard Schröder mit Tony Blair 1999)

Die Systeme der pauschalen Abbuchung, der undifferenzierten Zuteilung und nebulösen Kostenentwicklung müssen reformiert werden. Es geht nicht um die Schwächung der Starken, sondern um die Stärkung der Schwachen.

Ohne Bürgerrecht auf Bildung kann niemand Chancen der Freiheit nutzen. Die Kultur des Lernens ist das Ethos der Solidarität und der entscheidende Nachhaltigkeitsfaktor wirtschaftlich, kulturell, sozial und politisch. Es geht nicht um laute Innovationsgeräusche, die mancher

Bildungsgipfel erzeugt. Es geht um Kompetenzen, es geht um Lehrer und Elternhäuser. Es geht um die Art und Weise wie Wissen in der Schule vermittelt wird, aber auch wie Haltungen, Werte und Einstellungen von dem Elternhaus vorgelebt werden. Lehrerinnen und Lehrer müssen eben Schülerinnen und Schülern erklären können warum das was sie lernen wichtig ist. Sie müssen mit ihrer Person überzeugend dafür einstehen.

In unserer Gesellschaft wird oft über Rechte gesprochen. Es geht aber auch um Pflichten. Kindern kann und darf man nicht kündigen. Pestalozzi sagt, daß die erste Unterrichtsstunde die Stunde der Geburt ist. Auf den Anfang kommt es an. Es geht für Kinder um eine anregungsfreundliche Umgebung. Elternhäuser müssen ein Mindestmaß an Mitgift von Zivilisiertheit für ihre Kinder bereithalten. Daraus dürfen wie sie nicht entlassen und das darf und das muß auch öffentlich gesagt werden.

Ohne Spielregeln für den Markt und ohne Marktwirtschaft würde sich unkontrollierte politische und wirtschaftliche Macht entfalten. Marktwirtschaft ist ein einzigartiges Entmähchtigungsverfahren. Sie muß als diskriminierungsfreie und faire Ordnung empfunden werden. Der Staat muß Regeln setzen. Ganz offensichtlich haben die bisherigen nicht genügt. Deshalb müssen sie korrigiert, an der einen oder anderen Stelle verbessert werden. Transparenz der Produkte, Haftung, die Verantwortung der Eigentümer, die Konzentration der Bankenaufsicht, eine längerfristige erfolgsorientierte Bonusregelung sind das Thema. Aber das alles ist nur zielführend wenn, wie die Neue Züricher Zeitung schrieb, der Krankheitsherd getroffen, die richtige Dosis eingesetzt die Nebenwirkungen klein gehalten, Suchtgefahren vermieden, nach Erledigung der notwendigen Maßnahme ein geordneter Rückzug vorgenommen wird. Denn das Eingreifen des Staates, das gegenwärtig notwendig und unumgänglich ist, macht den Staat, der ja im Übrigen nicht einmal überzeugend mit der Entfernungspauschale umgehen konnte, noch lange nicht zum besseren Banker.

„Nicht überbordende Führsorge begründet die Existenz eines Staates

sondern einzig die Garantie jener Recht, welche die Person und ihr privates Leben vor fremden Übergriffen schützen soll." (Wolfgang Sofsky) Auf ein Konto Einblick zu schaffen, schafft den gläsernen Bürger. Kontrollmitteilungen schaffen den gläsernen Steuerzahler. Generalabfragen treffen alle. Es gibt klassische Abwehrrechte gegen den Staat, die Bürger haben und behalten müssen. Es sind die Bürger und niemand anders, die den Staat in schwierigen Fällen dazu ermächtigen, im Interesse der Sicherheit aller in vertretbarem Umfang Recht einzuschränken. Sicherheitspolitik gehört deshalb wieder vom Kopf auf die Füße gestellt.

Wir dürfen im Kampf gegen die Gegner des Rechtsstaates den Rechtsstaat selbst nicht aufs Spiel setzen. Es gibt zivilisatorische Bestände, die nicht preisgegeben werden dürfen. Wir sind was wir tun, vor allem aber sind wir was wir nicht tun.

Freiheit ist aber nie allein nur Abwehrrecht, sie ist auch zugleich individuelle Freiheit zu nützlichen sozialen Bindungen. Die Überdehnung der Freiheit ist nicht die Sache der Freiheit. Zu den zentralen Fragen freiheitlicher Gesellschaften zählt, wie viel Einbußen an Tradition sie verlieren dürfen, wie viele Verbindlichkeiten sie ohne Schaden hinnehmen können und wie viel Bewusstsein an Gemeinwohl sie auch bewahren und Schaffen müssen. Wer sich selbst nicht mag, der kann auch niemanden integrieren. Auf unseren Gleichgewichtssinn kommt es an. Auf die immer wieder neue Verbindung von Offenheit, von Herkunftsbewußtsein, von Altem und Neuem.

Mit Renaissance und Humanismus und Aufklärung hat sich eine neue Welt in einem Teil der Welt durchgesetzt. Es gibt aber alte Gegengewichte des Neuen. Sie können mit Sozialtechnologie und Recht allein nicht ersetzt werden. Unser Menschen- und Weltbild ist womöglich kulturell und religiös voraussetzungsreicher als unser Rationalismus uns das glauben machen will. Mancherorts entsteht eine Tyrannei vorherrschender Meinungen und Gefühle. Sie verachtet Tugenden der Konzilianz und der Kompromissbereitschaft. Vielen geht es nicht um Diskurs sondern um

Diskurshoheit. Es gibt deshalb keinen Grund Vertretern einer konfrontativen Weltsicht die Bühne zu überlassen.

Religion darf nicht den Zugang zur Welt versperren. Der Glaube muß auch die Prüfung der Brauchbarkeit bestehen und der wirklichen Hilfe für Menschen zugänglich sein. Es kann keine Akzeptanz von Bekenntnissen geben, die unter Inanspruchnahme von religiöser Authentizität die Menschenrechte verletzen. Ein säkularer Staat muß deshalb darauf achten, daß bei welcher religiösen Überzeugung auch immer die Prinzipien beachtet werden, die auch für seine eigene verfassungsmäßige Bindung gelten. Eine Religion sollte - so schreibt der frühere Limburger Bischof Franz Kamphaus - Gott verehren, aber nicht Gott spielen.

Freiheit ist zerbrechlich. Auf unsere Agenda gehört deshalb eine Selbstvergewisserung darüber was Freiheit heute ausmacht und was sie uns bedeutet und der Erhalt eines wachen Bewusstseins für ihre Gefährdungen. Bescheidenheit mit Selbstvertrauen zu verbinden und der Geringschätzung von Freiheit entgegenzutreten, das ist es was eine Gesellschaft freier Bürger auszeichnet.

Politik darf sich deshalb nicht im Gebrauch politische Fertigkeiten erschöpfen. Sie braucht Passion, programmatische Substanz, eine Breite Fähigkeiten sowie ein Bewusstsein für Normen und zivilisatorische Aufgaben. Es geht dabei nicht nur um Wissen und Können, es geht um Charakter und Haltung. Es geht um ein Bewusstsein für neue Herausforderungen und die Fähigkeit ein gesellschaftliches Klima zu prägen, das diesen Herausforderungen gerecht wird und Problemlösungsfähigkeit entwickelt. Darauf wollen wir hinaus. Dafür treten wir jeden Tag an. Besonders am nächsten Sonntag, dem 27. September.